



Wahlkampf in Brasilien

Zu den Präsidentschaftswahlen in Brasilien am 1. Oktober 2006-09-20

Von **Anatol Adam**, Diplomregionalwissenschaftler und derzeit Praktikant bei der Heinrich-Böll-Stiftung in Rio de Janeiro

In Brasilien wird am 1. Oktober 2006 ein neuer Präsident gewählt. Alles deutet darauf hin, dass dem jetzigen Amtsinhaber Inácio Lula da Silva seine Wiederwahl gelingen wird. Der Ausgang der Wahlen im größten südamerikanischen Land hat über die Grenzen Brasiliens hinaus Bedeutung: Der vielbeschworene Linksruck in Lateinamerika würde an den Urnen bestätigt, mit Lula jedoch eine ausgleichende Persönlichkeit gestärkt, die sich im internationalen Auftreten deutlich von Venezuelas Präsident Hugo Chavez unterscheidet. Boell.de wird die Wahlen in Brasilien in den nächsten Wochen begleiten und kommentieren.

BRASILIENS WAHLJAHR 2006: MIT MÜDEM WAHLKAMPF AUS DER POLITISCHEN KRISE?

Trotz der Reihe von Korruptionsskandalen in den letzten Jahren sieht es zwei Wochen vor der Wahl so aus, als würde der amtierende Präsident Luiz Inácio „Lula“ da Silva bereits im ersten Wahlgang wiedergewählt. Zu Jahresbeginn konnte Lula noch nicht mit diesem Vorsprung in den Umfragen rechnen, nachdem prominente Partei- und Regierungsmitglieder zurücktreten mussten und die Regierung in den Umfragen abstürzte. Die Verwicklung der Arbeiterpartei (PT) in die Skandale war für viele Brasilianer eine herbe Enttäuschung: 2002 hatten sie sich für Lula und sein Parteienbündnis entschieden, weil diese glaubwürdig versprochen, endgültig mit der traditionellen Politikultur – geprägt von Vetternwirtschaft, Korruption und Bestechung – zu brechen.

Auch die Prognosen zu den parallel ablaufenden Gouverneurs-, Parlaments- und Senatswahlen deuten auf Kontinuität. So erlebt Brasilien in der bislang heftigsten Krise seiner politischen Institutionen und Akteure paradoxerweise den müdesten Wahlkampf seit der Re-Demokratisierung.

DAS WAHLSYSTEM: STEIGBÜGELHALTER DER KONFUSION UND KORRUPTION?

Am 1. Oktober 2006 sind fast 126 Millionen wahlberechtigte Brasilianer aufgerufen neben dem Präsidenten die 27 Gouverneure der Bundesstaaten und des Bundesdistrikts, ein Drittel der 81 Senatoren, die 513 Mitglieder der Abgeordnetenversammlung sowie 1.059 Landesabgeordnete neu zu

wählen. Bei der Wahl zum Präsidenten und der jeweiligen Gouverneure (vergleichbar den deutschen Ministerpräsidenten) gilt ein absolutes Mehrheitswahlrecht. Sollte im ersten Wahlgang kein Kandidat die absolute Mehrheit erreichen, finden die zweiten Wahlgänge am 1. November 2006 statt. Die Senatoren werden über ein einfaches Mehrheitswahlrecht auf Länderebene für 8 Jahre ermittelt, wobei jedem Bundesstaat jeweils drei Senatorensitze zustehen.

Für die auf vier Jahre gewählte Abgeordnetenkammer kommt das Verhältniswahlrecht (dies gilt auch für die Landesparlamente) auf Landesebene zur Anwendung. Anders als im Senat haben die Bundesstaaten unterschiedliche Sitzanteile, die die jeweilige Bevölkerungsstärke widerspiegeln sollen. Die Parteien oder auch Wahlkoalitionen (s.u.) stellen Landeslisten auf und grundsätzlich besteht die Möglichkeit entweder seine Stimme der Partei respektive Liste oder einem bestimmten Kandidaten zu geben. Eine schwache Parteienidentifikation und das praktizierte offene Listenwahlrecht führen aber dazu, dass sich – wie bei den Mehrheitsentscheidungen – eine Persönlichkeitswahl etabliert hat. So werden etwa 85 bis 90 Prozent der Gesamtstimmen für eine Liste von einzelnen Politikern erzielt. Da ein staatliches Parteienfinanzierungssystem praktisch nicht existiert, ist eine Kandidatur ein kostenintensives Privatunternehmen. Das brasilianische Wahlsystem kennt keine Wahlkreise, daher müssen KandidatInnen flächendeckend ihren Bekanntheitsgrad im jeweiligen Bundesstaat erhöhen, was auch den starken Einfluss regionaler Partikularinteressen im Abgeordnetenhaus erklärt.

Eine Konsequenz des konfusen Wahlsystems und der instabilen Konstellationen ist die zersplitterte Parteienlandschaft. Der Eintritt bzw. Verbleib verschiedenster Kleinstparteien im Kongress wurde dadurch begünstigt, dass im brasilianischen Wahlrecht keine Sperrklauseln vorgesehen sind. Die Vielzahl politischer Formationen – in der laufenden Legislaturperiode tummelten sich zeitweilig 18 Parteien im Parlament – erschwert seit Jahren das Regieren. Im Wahljahr 2006 wird nun erstmalig die bereits 1995 verabschiedete 5-Prozent-Klausel angewendet, was die Zahl der Parteien verringern wird. Zwar könnten immer noch bis zu 10 Parteien den Sprung ins Parlament schaffen, Kleinst- und Traditionsparteien, wie die kommunistische Partei (PCdoB) oder die Grünen (PV), werden jedoch voraussichtlich an der Marke scheitern.

Die Überwindung der 5-Prozent-Hürde garantiert den Parteien den „Fraktionsstatus“, den Zugang zu öffentlichen Finanzierungsquellen, kostenlose TV-Zeit und Anrecht auf einen Sitz in Parlamentsausschüssen. Da die kleinen Parteien aber immerhin über starke Einzelpersonlichkeiten verfügen, ist davon auszugehen, dass diese individuell den Einzug ins Parlament schaffen und somit zu Beginn der Legislaturperiode eine Reihe von Abgeordneten ihr Mandat ohne Fraktionsbindung beginnen werden. Angesichts der eingeschränkten Arbeitsfähigkeit und der generell losen Parteienbindung werden die betreffenden Parlamentsmitglieder wohl relativ schnell einer der Fraktionen beitreten.

Auf Bundes- und Landesebene gehen brasilianische Parteien häufig Wahlkoalitionen ein. Die schwache Ideologisierung und eine regional differierende politische Ausrichtung der Parteien hatte schon immer zu unterschiedlichsten Koalitionen auf den einzelnen Ebenen geführt. Auf regionaler

Ebene schließen denn auch mal linke mit rechten Parteien Bündnisse, Kommunisten mit Evangelikalen und Umweltschützer mit Großgrundbesitzern.

DIE PRÄSIDENTSCHAFTSKANDIDATEN

Insgesamt präsentieren sich sieben Präsidentschaftskandidaten. Der zur Wiederwahl antretende Präsident Luiz Inácio „Lula“ da Silva steht der Regierungskoalition „A Força do Povo“ („Kraft des Volkes“) vor, die neben der sozialdemokratischen Arbeiterpartei (PT) die sozialevangelikale Partei (PRB) des Vize-Präsidenten, José Alencar, und die kommunistische PCdoB umfasst. Die Koalition wird informell von weiten Teilen des stimmenreichen politischen Sammelbeckens (PMDB) sowie den kleineren Mitte-Links-Parteien (PL und PSB) und der eher neoliberalen Arbeitspartei (PTB) unterstützt. Die vormalige Regierungs- und stärkste Oppositionspartei PSDB – mittlerweile eine liberal-konservative Partei – hat als Kandidat Geraldo Alckmin aufgestellt. Der ehemalige Gouverneur des Bundesstaats São Paulo führt die „Coligação por um Brasil Decente“ („Koalition für ein ehrliches Brasilien“) an, die aus der PSDB und der rechts-liberalen PFL besteht. Informelle Unterstützung erhält Lulas Koalition von der Sozialistischen Volkspartei (PPS, ex-Kommunistische Partei), die bis 2005 Teil der Regierung war.

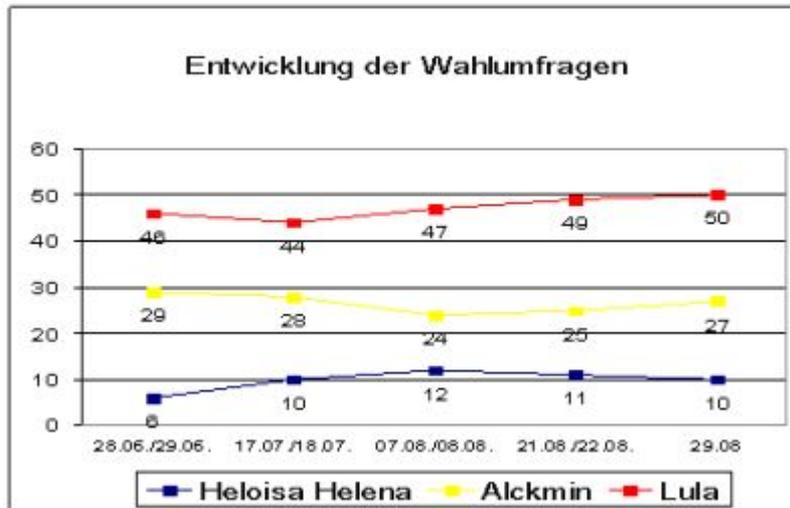
Die erst in dieser Legislaturperiode gegründete Partei für Sozialismus und Freiheit (P-SOL) schickt die Senatorin Heloísa Helena ins Rennen um die Präsidentschaft. Die PSOL und zwei kleine Linksparteien bilden die „Frente de Esquerda“ („Linksfront“).

Die traditionsreichen Sozialdemokraten (PDT) haben den ehemaligen Gouverneur und Erziehungsminister im ersten Kabinett Lula, Christovam Buarque, als Präsidentschaftskandidat nominiert. Der international anerkannte Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler kommt mit seinem auf die Bildungspolitik fokussierten Wahlprogramm in den Umfragen nur auf knapp 1 Prozent der Stimmen, was aufgrund seines Bekanntheitsgrades etwas überrascht. Daneben gibt es noch drei bedeutungslose Kandidaten von Kleinstparteien.

AKTUELLE UMFragen UND TRENDS

Ende 2005 waren nicht wenige Experten der Auffassung, dass die bis dahin sicher geglaubte Wiederwahl von Lula in Gefahr geraten könnte. Die zahlreichen regierungskritischen Medien vermittelten das Bild eines Präsidenten, der sich im freien Fall befände und das Land nicht mehr führen könne. Die Oppositionsparteien hatten früh versucht, die Skandale wahlkampfstrategisch auszuschlachten. Allerdings war den brasilianischen WählerInnen durchaus bewusst, dass die PT das Rad der Bestechung und Korruption in Brasilien nicht neu erfunden hatte, sondern auf bekannten, von der Opposition etablierten Pfaden wandelte. Im April 2006 zeigte sich, dass allen Unkenrufen zum Trotz der Präsident die Skandale offensichtlich weitestgehend unbeschadet überstanden hatte, während Parlament und Parteien weiter an Kredit und Vertrauen eingebüßt hatten. Somit führt Lula

die aktuellen Umfragen so souverän an, dass selbst ein zweiter Wahlgang immer unwahrscheinlicher wird:



Die Wähler und Wählerinnen verbinden mit Lula nun anscheinend Stabilität und einige, wenn auch bescheidene, positive Entwicklungen. Teilerfolge, wie das zarte Wirtschaftswachstum, monetäre Stabilität, Entspannung am Arbeitsmarkt, hohe Außenwirtschaftsüberschüsse, Reduzierung der Auslandsschuld, positive Lohnentwicklung, steigende Binnennachfrage und das effektive Familiensozialprogramm „Bolsa-Familia“ haben die Wahrscheinlichkeit einer zweiten Amtszeit Lulas offenbar deutlich erhöht.

EIN MÜDER WAHLKAMPF: DIE SCHWACHE OPPOSITION UND EIN UNINSPIRIERTER AMTSINHABER

Da sich seit Monaten die Umfragewerte auf dem gleichen Niveau bewegen, kommt kaum Fahrt in den Wahlkampf - eine heiße Wahlkampfphase ist bislang nicht zu erwarten.

Die PSDB-PFL-Koalition und ihr Kandidat Geraldo Alckmin präsentieren sich nicht als ernsthafte Herausforderer des Präsidenten und seiner Regierung.

Auf parteipolitischer Ebene fehlt Alckmin die uneingeschränkte Unterstützung der Parteischwergewichte; wohl auch deshalb, weil er nicht der Wunschkandidat der einflussreichen Riege um Ex-Präsident Cardoso und Parteichef Tasso Jereissati war, sondern der „Protestkandidat“ der Parteibasis. Die Parteigranden hatten sich Anfang 2006 intern auf José Serra (Präsidentenskandidat von 2002) festgelegt, doch beharrte Alckmin auf seiner Kandidatur bei der innerparteilichen Vorwahl. Mit der Entscheidung für den Gouverneur von São Paulo belohnte die Basis dessen Standhaftigkeit und strafte die Parteiführung für ihr eigenmächtiges Handeln ab. Was für die brasilianische Parteienkultur ein positives Zeichen sein mag, ist für Alckmin ein politisch tödlicher Boomerang geworden, der bei konstant schwachen Umfragewerten an Geschwindigkeit noch zulegt. Alckmin, der landesweit eher unbekannt ist und mitnichten dem Typus des Politikers zum Anfassen entspricht, wäre auf die Rückendeckung wichtiger Parteimitglieder angewiesen, wollte er Präsident Lula ernsthaft herausfordern. Anstatt Alckmin zu unterstützen, kritisiert die Parteiführung in schöner

Regelmäßigkeit über die Medien den Stil und die Strategie seines Wahlkampfteams. Führende Parteimitglieder spekulieren schon über mögliche Präsidentschaftskandidaten für 2010. Die um die Wiederwahl kämpfenden Parteifreunde auf Gouverneursebene zeigen in Wahlwerbespots lieber publikumswirksame, gemeinsame Auftritte mit Lula. Bedeutende Zugpferde des Partners PFL, wie der Bürgermeister von Rio de Janeiro, Rodrigo Maia, bezogen nie eindeutig Position für Alckmin und Parteichef Bornhausen kündigte bereits an, die strategische Partnerschaft mit der PSDB nach der Wahl zu überdenken.

Neben mangelhafter Geschlossenheit präsentiert man auch einen inhaltsarmen Wahlkampf. 30 Tage vor der Wahl wurde noch kein Wahl- oder mögliches Regierungsprogramm veröffentlicht. Die bisherigen Aussagen in zentralen Politikfeldern – Bildung, Regionalpolitik, Sicherheit, Soziales, Wirtschaft und Politikreform – sind schwammig bzw. ähneln denen der Regierung. Im Bildungsbereich möchte man die Lehrergehälter anheben, das Fachhochschul- und Berufsschulwesen ausbauen und die Anzahl der Leistungsnachweise erhöhen. Um im strukturschwachen Nordosten Stimmen zu gewinnen – Lula kommt dort in Umfragen auf bis zu 70 Prozent – wurde unter Alckmins Federführung ein Entwicklungsprogramm für die Region vorgestellt, dessen zentraler Vorschlag die Wiedereinführung einer Entwicklungsbehörde ist. In der Sicherheitsfrage – zu Beginn zentraler Eckpfeiler der Wahlkampfstrategie – äußert sich das Wahlbündnis seit der Gewalteskalation im Bundesstaat São Paulo eigentlich gar nicht mehr. Lediglich der PSDB-Innenminister von São Paulo verbreitet seit Wochen, dass die kriminellen Vereinigungen mit der Arbeiterpartei zusammenarbeiten würden bzw. von dieser engagiert seien, um die PSDB am Wahlsieg zu hindern. Selbst enge Parteifreunde kritisieren diese Behauptung als untragbar und höchst kontraproduktiv.

In der Steuer- und Wirtschaftspolitik hat man kein klares Alternativkonzept vorgelegt, das über das konservative Lager hinaus weitere Wählerschichten binden könnte. So bemängeln parteinahe Ökonomen, dass die wirtschaftspolitischen Forderungen der PSDB-PFL-Koalition fast eins zu eins den Regierungsplänen gleichen und sich der Wähler zurecht frage, wieso er diese dann abwählen solle. Ohne spezifizierte Investitions- und Reformvorhaben zu präsentieren, gibt die Koalition als durchschnittliches Wachstumsziel 6 bis 7 Prozent an, wobei die finanzpolitische Stabilität absoluten Vorrang habe. Grundsätzlich will man vor allem das Klima für Privatinvestitionen verbessern, die hierfür angekündigten Steuersenkungen bleiben aber ohne tragfähiges Finanzierungskonzept plumpes Wahlkampfgetöse. Hinsichtlich einer grundlegenden Parteien- und Politikreform hat die „Koalition eines ehrlichen Brasiliens“ trotz der rhetorischen Bedeutung im Wahlkampf nur wenig Konkretes präsentiert. So will man den Parteiwechsel erschweren, Wahlkreise einführen und zu einem späteren Zeitpunkt die Parteienfinanzierung neu regeln.

Einige Kommentatoren regen aufgrund der fast aussichtslosen Wahlsituation einen generellen Strategiewechsel an, falls man auch wieder Präsidentschaftswahlen gewinnen wolle:

„So mögen die Themen wie Steuersenkung und Reduktion der Verwaltungskosten wie Musik in den Ohren der Brasilianer klingen, die einen festen Job haben, Autos besitzen, die Kinder in die Privatschule schicken und Lula-Witze via Internet austauschen. Aber ist es vielleicht möglich, dass

auch die Mehrheit der Brasilianer eine Rolle spielt, deren Alltag sich um die Deckung der menschlichen Grundbedürfnisse dreht, wie Nahrung, Wohnung oder Gesundheit?“

Auf innerparteiliche Kritik stößt der „softe“ Wahlkampfstil Alckmins, der bisher fast gänzlich auf persönliche Attacken gegen den Präsidenten selbst verzichtet. Insbesondere Politiker der PFL blicken da mit Neid auf die Wahlkampfstrategie der PSOL-Kandidatin Heloísa Helena, die Alckmin als „faden Kürbis“ und Lula als „bärtige Majestät“ bezeichnete. Das Wahlbündnis will nochmals alle Kräfte bündeln, den Ton verschärfen und so wenigstens einen zweiten Wahlgang erzwingen. Ein zweiter Wahlgang ist aber nur möglich, wenn die Stammwählerschaft mobilisiert wird, unentschlossene Wähler gewonnen werden und sich die Negativmeldungen aus der Wirtschaft (Arbeitslosenzahlen, Wachstumsprognosen) extrem verstetigen würden.

Eine kleine Überraschung ist das bisherige Abschneiden der Senatorin Heloísa Helena. Heloísa Helena war jahrelang eine bekannte Vertreterin des linken Flügels in der PT. Mit dem Regierungsantritt 2003 wurde sie zur führenden innerparteilichen Kritikerin des wirtschaftspolitischen Kurses der Regierung. Sie und andere PT-Abgeordnete wurden Ende 2003 aus der Partei ausgeschlossen, nachdem sie gegen die Rentenreform der Regierung votiert hatten. Unter Führung von Helena gründete man die P-SOL, die eine der regierungskritischsten Parteien im Kongress ist. Die scharzüngige Rednerin pflegt einen angriffslustigen Politikstil und das Image der zähen (Einzel-)Kämpferin für die Interessen der Unterschichten, in einer Mischung aus sozialistischen und populistischen Elementen. Im Zentrum ihres Wahlkampfes steht die „Reinigung“ der politischen Kultur und Moral Brasiliens. Um ihre „Putzabsichten“ zu unterstreichen, schwingt Heloísa Helena auf Wahlveranstaltungen symbolisch den Besen; ihr Wahlkampf ist akribisch auf die Integrität der Kandidatin zugeschnitten. So wurde Ende Juli ein Berater entlassen, der Wahl-E-Mails über das Senatorenbüro versendet hatte. In ihrem wirtschafts- und sozialpolitischen Diskurs werden die neoliberalen Reformen der 90er Jahre und ihre Fortführung als Hauptursache für die Probleme Brasiliens – geringes Wachstum, hohe Zinsen, Arbeitslosigkeit und strukturelle Ungleichheit – identifiziert. Sie verspricht eine radikale Zinssenkung, die die Binnenkonjunktur ankurbeln und den fiskalischen Spielraum des Staates erhöhen soll. Sie kritisiert die halbherzigen Initiativen der Lula-Administration bei der Landreform und die unzureichenden Sozialprogramme. Im Rahmen dieses Wahlkampfes wirkt die tiefe Religiosität der Kandidatin insbesondere für viele Intellektuelle befremdlich. Zudem hat sie sehr konservative Ansichten über bestimmte gesellschaftspolitische Themen, wie z.B. die rigorose Ablehnung der Abtreibung. Im Gegensatz zu Alckmin greift Heloísa Helena die politischen Gegner auch persönlich an, was mitunter in den durchorchestrierten „TV-Elefantenrunden“ für ein wenig Erheiterung sorgen kann. Immerhin ist es Heloísa Helena gelungen, einen guten Teil der Aufmerksamkeit in diesem Wahlkampf auf sich zu ziehen und zum Zünglein an der Waage zu avancieren. Nur ihr gutes Abschneiden könnte noch einen Sieg Lulas im ersten Wahlgang verhindern.

Aufgrund des schwachen Wahlkampfes der PSDB-PFL-Opposition und angesichts von wenig Neuem bei Helena, kommt das „Wahlkampfgenie“ Lula gar nicht richtig zum Zuge. Lula war immer ein

„political animal“, das wie bei einem Popkonzert Stimmungen kreieren konnte. In diesem Wahlkampf tritt er jedoch als altväterlicher Präsident auf, dessen Hauptaugenmerk darauf liegt, möglichst fehlerfrei zu bleiben. Er versucht, die Regierungsarbeit in ein positives Licht zu rücken, wobei er besonders die Schaffung von Arbeitsplätzen, Mindestlohnerhöhung, „Bolsa-Familia“, Wirtschaftswachstum und die Fortschritte im Bereich des Energiesektors anführt. Jegliche Äußerungen zum Parteienskandal werden vermieden. Hingegen unterstreicht er, dass die hohe Anzahl von Korruptionsskandalen der erhöhten Aufklärungsquote der zentralstaatlichen Bundespolizei geschuldet ist. Lula versucht sich als Präsident aller Brasilianer zu präsentieren und hält deutliche Distanz zu seiner Partei. So verschwand bei den Wahlkampfsspots der traditionelle rote Stern der PT. Dies bestätigt die generelle Strategie Lulas seit 2005, sich und seine Regierung sukzessive von der skandalgebeutelten Partei loszulösen.

In einer zweiten Amtszeit will der Präsident das Land auf einen robusten Wachstumskurs führen, ohne die finanzpolitische Stabilität zu riskieren. Im Wahlprogramm, erst am 30. August 2006 veröffentlicht, werden Zinssenkung, verstärkte öffentliche und private Investitionen und eine Abgabensenkung als die zentralen wirtschaftspolitischen Instrumente genannt. Mittelfristig soll das Wachstum positive Effekte auf den Arbeitsmarkt, die Gesundheits- sowie Sozialpolitik haben. Das Sozialprogramm „Bolsa-Familia“ soll vertikal vertieft werden und im Bildungsbereich will man neue Universitäten und technische Hochschulen bauen. Auf dem Politikfeld Innere Sicherheit steht eine Effizienzsteigerung und optimierte Zusammenarbeit der verschiedenen Sicherheitsorgane auf der Tagesordnung. In der dringend notwendigen Parteien- und Politikreform soll die stärkere Parteibindung und transparentere Finanzierungsstrukturen festgelegt werden. Die im Juli vom Präsidenten ins Spiel gebrachte Verfassungsversammlung zur Politikreform wurde nicht aufgenommen und zudem fehlen in dem Programm Aussagen zur Umweltpolitik oder der Landreform. Insgesamt ist das Programm der Regierungskoalition wenig spezifisch und detailliert. Immerhin hat sie aber ein Programm präsentiert und mit der Erstveröffentlichung einen weiteren Vorteil gegenüber der Opposition gewonnen. Präsident Lula hat im Angesicht des sicheren Sieges angedeutet, dass er sich aufgrund der anstehenden Politik-, Renten- und Steuerreform, aber auch der Sicherheitsfrage, ein Regierungsbündnis auf der Grundlage anderer parteipolitischer Konstellationen vorstellen könnte. Dieses indirekte Koalitionsangebot an die PSDB wurde zwar von Alckmin abgelehnt, führende Parteimitglieder loten aber bereits öffentlich die politischen Gemeinsamkeiten aus. Man darf also nun wenigstens gespannt sein, mit welcher Koalition Lula am 1. Januar 2007 seine zweite Amtszeit beginnt.